

Projekt QWAI – Qualifizierung und Wiedereingliederung älterer arbeitssuchender Ingenieure

Rezept gegen Fachkräftemangel

Anlässlich der Maschinenbau-Messe AMB im September in Stuttgart wurden sie erneut laut – die Klagen der Arbeitgeber über den Mangel an Fachkräften, im Besonderen an Ingenieuren. Ein Rezept dagegen wäre das Projekt QWAI. Die Abkürzung bedeutet Qualifizierung und Wiedereingliederung älterer, arbeitssuchender Ingenieure.

Rund 4300 Ingenieure suchen derzeit in Baden-Württemberg Arbeit, fast 2700 davon sind über 45 Jahre. QWAI will den älteren Ingenieuren zu neuen Stellen verhelfen und sie dafür je nach Bedarf auch qualifizieren.

QWAI wurde Mitte 2001 gestartet. Es ist ein gemeinsames Projekt von IG Metall, Südwestmetall, VDI und VDMA und arbeitet mit dem Landesarbeitsamt Baden-Württemberg zusammen. „Wir wollen wie ein Filter zwischen dem Arbeitsamt und den Betrieben wirken“, sagt der Leiter des Projekts, Dr. Rolf Zondler: Die Bewerber sollen möglichst genau zu angebotenen Stellen passen. Und wenn es nicht ganz genau passt, dann sollen sie die richtige und praxisnahe Qualifizierung bekommen. Denn das, so Zondler, sei das Problem der bisherigen Vermittlungspra-



Foto: Graffiti / Fotagers

xis: Die arbeitssuchenden Ingenieure würden zu „pauschal“ vermittelt: Stellenprofil und Bewerber passen nicht zusammen, was Arbeitssuchende wie Betriebe mitunter verzweifeln lässt.

Die Stellensuche für ältere Ingenieure ist ein mühsames Geschäft, wie Rolf Zondler und sein Mitarbeiter Manuel Strack in dem guten Jahr des bisherigen

Bestehens erfahren mussten. Der Hauptgrund ist einleuchtend: Die rund 60 bei QWAI gemeldeten Betriebe sind zwar grundsätzlich bereit, Ältere einzustellen. Wenn aber schon älter, dann müssten sie „100-prozentig passen“ und vergleichsweise schnell in die Produktion integriert werden können.

Ältere Beschäftigte haben gewichtige Vorzüge, weiß Zond-

Fachkräfte dringend gesucht: Auch Trumpf in Ditzingen sucht über QWAI nach älteren Ingenieuren

ler: Zum Beispiel, dass sie im Vergleich zu jungen Berufsanfängern betriebliche Abläufe schon genau kennen und hoch motiviert sind. Für kleinere Betriebe wichtig: Sie bleiben, wo junge Ingenieure aus Karrieregründen vielleicht bald in ein großes Unternehmen wechseln. ◀

QWAI: Kontakt

► **Arbeitssuchende Ingenieure, Betriebe und auch Betriebsräte** wenden sich an das QWAI Projektmanagement, Stuttgarter Str. 9/11, 70469 Stuttgart. Dr. Rolf Zondler, Telefon 0711/13534015, E-Mail Dr.Rolf.Zondler@qwai.de; Manuel Strack 0711/13 53 40 30, mstrack@qwai.de. Projektverwaltung: Nicole Müsel, 0711/13534017, Fax 0711/13534011. Internet: www.qwai.de. ◀



Foto: IG Metall Freiburg

Demonstration gegen die NPD in Freiburg: Für eine offene Stadt

Freiburg – offene Stadt: 15 000 verhindern den Nazi-Aufmarsch

Das Ziel war klar: Die NPD durfte keinen Platz in Freiburg erhalten. An den Absperrgittern der Polizei wehten die Fahnen von IG Metall und Verdi, IG BCE und Motorradclub Kuhle Wampe mit 250 Motorrädern standen in anderen Richtungen. 15 000 belagerten jeden Quadratzentimeter rund um den Bahnhof – Ergebnis: Die NPD konnte nicht marschieren. Der friedliche Protest für Toleranz hatte Erfolg. ◀

Jugendaktionstag in Köln: 2200 junge Metallerrinnen und Metaller aus Baden-Württemberg dabei

Forderungen an die Politik gestellt

Unter den 40 000 Jugendlichen beim Aktionstag in Köln waren auch rund 2200 junge Metallerrinnen und Metaller aus Baden-Württemberg. Sie beteiligten sich an Aktionen und stellten ihre Forderungen an die Politik.

Gemeinsam mit dem Bezirk Berlin/Brandenburg-Sachsen veranstalteten die Baden-Württemberger eine Aktion zu Bildung und Berufsbildung. Die Stimmung bei den Aktionen, bei der Demonstration und beim Konzert war gut, und das, obwohl ein Teil der jungen Leute noch stundenlang im Stau steckte. Die IG Metall-Jugend will im nächsten Jahr eine Konferenz veranstalten und überprüfen, ob und wie ihre Forderungen in die Politik eingeflossen sind. ◀



Bild oben: IG Metall-Jugend Baden-Württemberg in Köln – unten links: auf dem Unimog im Demonstrationszug



Siemens ICN Bruchsal: Standort gefährdet

Rasanter Stellenabbau

Über 2000 Beschäftigte waren es 2001 noch bei Siemens ICN in Bruchsal. Ende 2003 sollen es nach den Planungen von Siemens nur noch 1300 sein.

Das trifft nach Meinung von IG Metall und Betriebsrat den ganzen Standort: "Wir sollen am meisten bluten und die gesamte Überlebensfähigkeit ist in Frage gestellt", sagt der stellvertretende

Betriebsratvorsitzende Bernhard Stolzenberger. Der Betriebsrat will eine tragbare Gesamtkonzeption und hat beschlossen, vorher keine Sozialplan-Verhandlungen zu führen. Das Unternehmen ist aufgefordert, eine "Task Force" einzurichten, die extern vergebene Aufträge wieder ins Bruchsaler Werk zurückholen soll. ◀

Waldenburg: Beschäftigungsgesellschaft

Stahl wieder im Tarif

Im Rahmen von Verhandlungen zu Interessensausgleich und Sozialplan konnte für die R. Stahl Schaltgeräte in Waldenburg bei Schwäbisch Hall die volle Tarifbindung wieder hergestellt werden. Das Unternehmen war 1995 aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten.

Seit 1998 hatte die Belegschaft mehr oder weniger freiwillig drei Stunden in der Woche mehr gearbeitet. Umsonst – es hat nichts geholfen. Seit Jahresanfang befindet sich die Stahl-Unternehmensgruppe in einer Restrukturierungsphase und es wurden verstärkt Stellen abgebaut.

Im Werk Waldenburg sind jetzt mehr als 70 Beschäftigte von Kündigung betroffen. Sie haben die Möglichkeit, in eine Beschäftigungsgesellschaft (BQG) zu wechseln, wo sie die Möglichkeit

zur Qualifizierung bekommen. Die Gesellschaft unterstützt die Vermittlung der Betroffenen in den ersten Arbeitsmarkt. Diese Unterstützung und die deutlich länger finanzierte Verweildauer in der Beschäftigungsgesellschaft erhöhen erfahrungsgemäß die Erfolgsaussichten auf einen neuen Arbeitsplatz beträchtlich.

„Dem Betriebsrat ist es schwer gefallen, die Maßnahmen mitzutragen und wir suchten nach sozialverträglichen Lösungen. Mit der Gründung der BQG bieten wir den Betroffenen eine vernünftige Unterstützung bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz,“ so die Betriebsratvorsitzende. Monika Weidmann.

Die R. Stahl Schaltgeräte wird wieder dem Flächentarifvertrag beitreten. So wird die Arbeitszeit mittelfristig auf die 35-Stunden-Woche abgesenkt. ◀

Tarifabschlüsse: Textil und Bekleidung plus drei Prozent ab Oktober, weitere 2,7 Prozent ab Dezember 2003 Arbeitgeber beteiligen sich an Altersvorsorge



Foto: Archiv/IGM Heidenheim

Tarifergebnis erzielt: Warnstreiks bei Textil und Bekleidung wie 2000 bei Steiff (Giengen/Brenz) waren dieses Jahr nicht notwendig

es Arbeitsverhältnis übernommen werden – diese Regelung wurde um weitere zwei Jahre verlängert.

Neu ist die Beteiligung der Arbeitgeber an einer ergänzenden betrieblichen Altersvorsorge. Wandelt ein Beschäftigter pro Jahr mindestens 240 Euro um, so spendiert der Betrieb 60 Euro jährlich dazu, ab 2004 120 Euro. Peter Donath, Verhandlungsführer der IG Metall, wertete das als einen besonderen Erfolg. Insgesamt bezeichnete er das Ergebnis als akzeptabel. Die baden-württembergische Tarifkommission hatte bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht über eine Annahme des Ergebnisses entschieden. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 14. Oktober. ◀

Ab Oktober gibt's für die Beschäftigten bei Textil und Bekleidung drei Prozent mehr Lohn und Gehalt. Im Tarifabschluss wurden außerdem eine Beteiligung der Arbeitgeber an der Altersversorgung und eine

Verlängerung der Übernahme von Azubis vereinbart.

Der neue Tarifvertrag wurde über eine Laufzeit von zwei Jahren abgeschlossen. Ab Dezember 2003 gibt es eine weitere Einkommenserhöhung um 2,7 Pro-

zent. Die Ausbildungsvergütungen werden ab Oktober 2002 um 30 Euro je Ausbildungsjahr angehoben, ab Dezember 2003 um 2,7 Prozent. Die Azubis müssen nach Ende der Lehre für mindestens zwölf Monate in ein fest-

Im Oktober und November Vertretungen der Schwerbehinderten wählen

Im Oktober und November finden in den Betrieben die nächsten Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen statt. Sie stehen unter dem Motto „Power mit Herz – die Schwerbehindertenvertretung“. In allen Betrieben, in denen wenigstens fünf schwerbehinderte und gleichgestellte Menschen ständig beschäftigt sind, ist eine Schwerbehindertenvertretung zu wählen. Wahlberechtigt sind alle im Betrieb beschäftigten Schwerbehinderten und Gleichgestellte. Gewählt werden können aber auch Nichtbehinderte, mit Ausnahme Leitender Angestellter.

Die Zahl kleinerer Betriebseinheiten mit weniger als fünf beschäftigten Schwerbehinderten nimmt weiterhin zu. Räum-

lich nahe beieinander liegende Betriebe des Arbeitgebers können allerdings für die Wahl zusammengefasst werden. Immer noch sind drei Viertel aller Betriebe mit Betriebsrat ohne Schwerbehindertenvertretung. In den meisten Betrieben über 200 Beschäftigten wären aber die Voraussetzungen für eine Wahl erfüllt. Die IG Metall bietet über ihre Verwaltungsstellen ausführliche Informationen dazu an. Mehr Infos gibt's auch im Internet unter www.igmetall.de/behinderte. ◀

Verdi zu Arbeitsämtern: 1200 Vermittler mehr einstellen

Nach Meinung der Gewerkschaft Verdi sind an den 24 Arbeitsämtern in Baden-Württemberg etwa 1200 Vermittler mehr notwendig, um der Reform der Arbeitsämter Rechnung zu tra-

gen. Bisher hat einer der derzeit 750 Vermittler etwa 600 Arbeitslose zu betreuen. Nach den Vorschlägen der Hartz-Kommission solle diese Zahl auf 60 bis höchstens 200 gedrückt werden. Die Beschäftigten der Arbeitsämter in der Verdi meinen allerdings, dass allein die Hartz-Vorschläge noch keinen Arbeitsplatz schaffen würden. Zügige Vermittlung sei nur mit einer ausreichenden Zahl an Arbeitsplätzen möglich und hier müsste dringend die Wirtschaft in die Pflicht genommen werden.

Die Verdi-Mitglieder bezweifeln auch, dass private Arbeitsvermittler das Allheilmittel seien. Derzeit betreuen bundesweit 5800 private Vermittler rund 46 000 Arbeitslose. Bei 4 Millionen Arbeitssuchenden nach verdi-Auffassung „Peanuts“. Zur öffentlichen Arbeitsverwaltung gebe es keine Alternative. ◀

Weiterbildung

► **Innovationspreis:** Erstmals schreiben 2002 IHK, Handwerkskammer und Wirtschaftsförderung in der Region Stuttgart einen Innovationspreis Weiterbildung aus. Mit Unterstützung von DGB und Wirtschaftsministerium sollen kleine und mittlere Betriebe ausgezeichnet werden, die Vorbildcharakter für eine beispielhafte betriebliche Weiterbildung haben. Seit 2001 regelt in der Metallindustrie ein Tarifvertrag den Anspruch von Beschäftigten auf Qualifizierung. Weitere Infos zu den Teilnahmebedingungen gibt's unter der Internet-Adresse www.innovationspreis-weiterbildung.de. Kontakt: IHK Region Stuttgart, Andrea Bost, Jägerstraße 30, 70174 Stuttgart. ◀